

## Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 23.11.2022

---

### Öffentlicher Teil

TOP .. **Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern in Hagen**

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Lossau berichtet über die Betreuung von unbegleitenden minderjährigen Ausländern in Hagen (**siehe Anlage zu TOP 3.5**).

Sie teilt mit, dass mit dem Stand des heutigen Tages 80 unbegleitete minderjährige Ausländer in Hagen betreut würden. Die aktuelle Quote läge bei 70 und sei ein wenig gesunken. Wie bereits in der letzten Sitzung mitgeteilt, könne die Stadt Hagen keine Zuweisungen von der Landesstelle mehr übernehmen. Der Zuwachs, der sich in den letzten vier Wochen ergeben habe, sei ausschließlich durch Selbstmelder entstanden. Für deren Versorgung sei man natürlich weiterhin zuständig.

Man arbeite auf Hochtouren, um die Kapazitäten in Hagen vergrößern zu können. Aktuell könne sie dazu nichts Neues berichten.

In der letzten Sitzung habe man mitgeteilt, dass eine Vielzahl von Jugendämtern ihre Quote noch nicht erfüllt habe. Dazu gebe es Informationen vom Ministerium. Es zeichne sich deutlich ab, dass eine Vielzahl der Jugendämter ihre Quote nicht erfüllt.

Herr Reinke dankt Frau Lossau für den Bericht.

Es sei über einen längeren Zeitraum recht konstant gewesen. Die Zahlen gingen jetzt doch wieder in die Höhe. Es seien nicht nur Flüchtlinge aus der Ukraine, sondern auch aus anderen Ländern. Er hoffe, dass man die Herausforderungen gut bewältigen könne.

Frau Köppen fragt, ob es im Bereich der stationären Unterbringungen gelinge, die unbegleitet geflüchteten Jugendlichen in Wohngruppen unterzubringen. Oder sei man wieder auf dem Weg, reine UMA-Gruppen zu schaffen?

Frau Lossau antwortet, dass es im Moment gerade so gelänge, die UMAs in den hiesigen Gruppen unterzubringen. Die bestehenden Kapazitäten seien bereits mehr als ausgeschöpft. Bei den Wohngruppen, die man im Moment belegen könne, gehe man bereits in die Überbelegung. Das werde dem Landesjugendamt offiziell gemeldet und sei auch erst einmal unproblematisch. Tatsächlich gingen die Planungen derzeit in verschiedene Richtungen. Ihr sei eine Wohngruppe, in der spezielle Plätze für UMAs bereit gestellt würden, am liebsten. Diese Option scheitere derzeit an den kaum vorhandenen geeigneten Immobilien. Man ziehe im Moment alle Möglichkeiten in Erwägung.

Frau Köppen weist abschließend darauf hin, dass es aus ihrer Sicht die sinnvollere Unterbringung sei, die UMAs in bestehende Wohngruppen zu integrieren, da die Erfahrung gezeigt habe, dass in diesem Kontext die Integration der Jugendlichen tatsächlich besser gelinge. Es sei ein idealer Zustand, wenn die Wohngruppe diese benötigten Plätze

frei hätten. Sie könne nachvollziehen, dass es in diesen Zeiten, in denen viele UMA<sub>s</sub> kämen, immer schwieriger werde. Das sei eine Aufgabe, der sich die Gesellschaft stellen müsse. Sie sei nicht leicht zu bewältigen. Es seien viele Schritte nötig, damit Integration gelingen könne.

Frau Lossau pflichtet den Ausführungen von Frau Köppen bei.

TOP

**Siehe Anlage.**

Anlage 1      Anlage zu TOP 3.5 JHA 23.11.22